Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

EXTRA

Stücklen wirft Reents raus

Als Stellvertreter seines ausgebarzelten Chefs nahm Richard Stücklen sich die Freiheit, den Grünen-Abgeordneten Reents aus dem Bundestag zu werfen. Weil dieser gesagt hatte, was so viele sagen, daß Kohls Weg zur Macht von Flick freigekauft wurde. So etwas darf man in dem Bundestag nicht sagen, schon gar nicht, wenn's stimmt. Deshalb bekam Stücklen auf dem CSU-Parteitag für seine „mutige Tat" auch noch großen Beifall.

Wer wirft Stücklen raus?

Was Richard Stücklen dagegen getan hat, das darf man in diesem Bundestag, und er ist bestimmt auch nicht der einzige. Auch wenn er dafür auf seinem CSU-Parteitag keinen großen Beifall bekam, ja es wurde nicht einmal erwähnt. Daß er — noch als Bundestagspräsident — dafür gesorgt hatte, daß seine eigene Ingenieurfirma im Rahmen des Neubaus des Bundestages einen größeren Auftrag erhielt. Ihn wirft keiner raus. Bisher …

Ratschlag der Woche:

Enteignet Flick — nehmt ihm die Regierung weg!

Keine Bestechung im Sozialismus?

Natürlich kann niemand eine Garantie abgeben „dann gibt es keine Bestechung mehr". Der Unterschied liegt aber darin, ob Bestechung notwendig zum System gehört oder vom System bekämpft wird. Und in der Tat sieht da in einem sozialistischen System einiges anders aus: Wenn die Kapitalisten, die Millionäre enteignet sind, dann fehlt eine wesentliche Voraussetzung zur Bestechung auf hoher Ebene: Der Reichtum derjenigen, die von anderer Leute Arbeit leben.

Und erst recht sieht es politisch anders aus: Wenn da ein Rätesystem ist, wo die Gewählten vom Wähler (und nicht von irgendwelchen Präsidien, die geheim tagen und selbst genügend Zuwendungen bekommen haben,) abzuwählen sind, wenn festgelegt wird, daß sie für Durchschnittslohn ihre politische Arbeit zu machen haben, dann sind zumindest ganz andere Grundlagen dafür gegeben, politische Korruption zu bekämpfen.

Sicher, in Staaten wie der DDR' die sich sozialistisch nennen, sind diese beiden Grundbedingungen nicht gegeben — aber wir von der KPD treten auch für einen echten, revolutionären Sozialismus ein.

Ausgebarzelt — das war nur die Spitze des Eisbergs:

Kohl muß weg! Neuwahlen!

Nach dem erzwungenen Rücktritt von Rainer Barzel (vor kurzem im Bundestag, Originalton: „Unsere Arbeit lohnt …") steht die Kanzlerfrage im Raum. Am 7. November muß Helmut Kohl vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen. So wenig es wahr ist, daß Rainer Barzel nichts nachzuweisen wäre und er sozusagen nur aus höheren moralischen Gründen zurückgetreten sei, so wenig ist es wahr, daß Helmut Kohl dort nur als Zeuge erscheint.



Es geht in der Tat um die Frage, ob Kohl widerlegen kann, daß ihm seine Position als CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat vom Flick-Konzern freigekauft wurde. Die veröffentlichten Aufzeichnungen des Herrn von Brauchitsch jedenfalls besagen genau das: Barzels damaliger Widerstand gegen einen Rücktritt wurde durch massive Zahlungen an ihn abgebrochen, Kohl hatte freie Bahn.

So sehr erstaunlich ist das freilich nicht bei einem Mann wie Kohl, dessen gesamter politischer Start unter den Fittichen eines Herrn Ries (Chef des Pegulan-Konzerns aus Frankenthal) stattgefunden hatte — und der als späterer Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz für eine Sonderbürgschaft des Landes an Herrn Ries gesorgt hatte.

So sehr erstaunlich ist das freilich nicht bei einem Mann wie Kohl, dessen Regierungsantritt vor zwei Jahren auf der Basis eines für ihn gekauften Partners wie Lambsdorff und Genscher stattfand, begleitet von einer der massivsten Propagandakampagnen der Unternehmer in der Geschichte der BRD.

Kohls Versuch, nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung" zu handeln, ist ebenfalls wenig erstaunlich: Er will die Haushaltsdebatte nicht nur als Kanzler führen, sondern auch möglichst nicht im Geruch, die erneuten Umverteilungen zugunsten der Reichen seien die Rückzahlung für das Geld, das er und seine Partei erhalten haben.

Der Mann, der es schon mit einer „Amnestie" für sich und seine Hintermänner versucht hat, muß auch diesmal scheitern! Kohl muß weg!

Barzel geht, Kohl bleibt?

Der unheimliche schwache Abgang des Rainer Barzel kann das Ende der Affäre nicht sein. Barzel geht (endlich), aber Helmut Kohl, der Mann, dem Flick den Weg an die Spitze der CDU und damit auch ins Kanzleramt freigekauft hat, soll bleiben?

Kohl wird demnächst vor dem Flick-Untersuchungsausschuß auszusagen haben. Er wird wohl aussagen, daß er sich auch nicht erklären kann, wieso die Unterlagen des Flick-Konzerns ausweisen, daß Flick über 650000 DM an ihn ausgezahlt hat.

Kohl muß es uns auch gar nicht erst erklären. Wer 1 und 1 zusammenzählen kann (und das sind viele, Herr Kohl), dem ist klar, daß ein Mann wie Flick sein Geld nicht zum Fenster rauswirft. Die Flicks kaufen gewinnbringend — eben auch Kanzler.

Die Bonner Wende hatte ihre Drahtzieher in den Chefetagen der Konzerne und Banken. Das war schon deutlich, als der Bundesverband der Deutschen Industrie dem Kabinett Kohl das Regierungsprogramm diktierte, als im letzten Bundestagswahlkampf die Unternehmer mit Investitionsstreiks drohten, für den Fall, daß nicht ihr Kandidat ins Kanzleramt einziehen würde.

Für Flick und seinesgleichen war diese Regierung bislang ein gutes Geschäft. Zahlen mußten die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, die Rentner, die Arbeiter und Angestellten.

Diese Regierung Flick muß weg. Kohl muß zurücktreten. Gerade die, die sich durch die Propaganda von Kohl und den Unionsparteien bei der letzten Wahl täuschen ließen, haben jetzt ein Recht auf Neuwahlen. Herr Kohl, wiviel würde Ihr Rücktritt denn ungefähr kosten?

„Unsere" Abgeordneten — wessen Abgeordnete?

Peter von Siemens war es, der vor einiger Zeit — in bemerkenswerter Offenheit — sagte, sein Konzern ermögliche 300 Mandatsträgern die Ausübung ihrer politischen Tätigkeit, auf allen Ebenen. Im Bundestag waren es bis vor kurzem deren drei. Hauptreferent für internationale Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialfragen bei Siemens und Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates war lange Jahre Haimo George — als er Abgeordneter wurde, gab er sein CDU-Amt auf. Auf der Siemens-Liste kandidierten auch Helmut Link (CDU) aus Frankfurt und Heinrich Francke (CDU) aus Osnabrück, der inzwischen Chef der Bundesanstalt für Arbeit ist.

Für das „Haus Flick" ist es seit langem Tradition, mindestens einen Abgeordneten aus dem CSU-Bundesvorstand aus den Reihen seiner Aufsichtsräte zu stellen: Erst Wolfgang Pohle, jetzt Reinhold Kreile, Aufsichtsratsvorsitzender. Er ist neben vielen anderen Aufsichtsratsmitgliedschaften auch Aufsichtsratsvorsitzender der „Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation."

Bei vollen Bezügen von „ihren" Unternehmen freigestellt, sind auch die Bundestagsabgeordneten Klaus Franke, CDU (Hamburg), Referent beim Vorstand der Deutschen BP, Josef Bugl, CDU (Mannheim), Prokurist der BBC, und der „Werkzeugmacher" Otto Zink, CDU (Rüsselsheim), der während seiner Mandatszeit 400000 DM von Opel bezog. (Bezog, weil es über diesen Weg aufhören mußte, da deutlich war, daß er nicht weiterarbeitet).

Auch Alexander Warrikoff, CDU (Hanau), der noch amtierende Geschäftsführer der Atomzentralen NUKLEM und ALKEM hat einen prominenten „Hintermann". Seine Tätigkeit steht im Dienst des Energiekonzerns RWE.

Das zieht sich durch die Geschichte: CDU-Verkehrsexperte Müller-Hermann war in seiner Zeit zuglich Funktionär des Zentralverbandes des Kraftwagenhandels.

Und das zieht sich herunter: Ingeborg Hoffmann, CDU, die neulich in der Türkei war, die Gefängnisse nur für ein bißchen alt, vor allem aber die Hotels für ausbaufähig hielt, ist Präsidentin der „Fachabteilung Autobahnraststätten im Deutschen Hotel- und Gaststättenverband".

Es gibt auch noch andere Varianten: Der FDP-Abgeordnete Julius Cronenberg (NRW), bekannt durch Ausfälle gegen jede Art von Sozialpolitik, ist selbst Unternehmer und in Unternehmerverbänden aktiv. Und auch Richard Stücklen ist Mitinhaber der Firma BMS-Ingenieursgesellschaft . Die einen Auftrag im Rahmen des Bundestagsneubaus erhielt …

Wer bekam wieviel?

Die Liste der Politiker, in erster Linie von CDU/CSU und FDP und (vor allem in der Schmidt-Zeit) aber auch der SPD, die Geld aus Flicks Kassen erhielten, entweder für sich persönlich oder für persönlich erbetene Spenden, ist lang. Sie wird mit jeder weiteren Untersuchung länger, und solche Listen gibt es (wenn auch anderswo vielleicht nicht schriftlich festgehalten) auch bei den anderen großen Konzernen der BRD. In der Flick-Liste heißt dies stets „wg". Bedeutet: wegen.

Barzel, Rainer (*CDU*) — 1,7 Millionen in sechs Jahren dafür, daß er nach seinen Niederlagen Kohl den Weg freimachte, vorher Henschel-Berater

Benda, Ernst (*CDU*) — einst Innenminister, dann oberster Verfassungsrichter, Zuschüsse zu Buchveröffentlichungen

Biedenkopft, Kurt (*CDU*) — Henkel-Manager, dann CDU-Generalsekretär, erhielt von Flick ca. 30000 DM

Brandt, Willy (*SPD*) — steht mit 190000 DM auf der Spendenliste

Carstens, Karl (*CDU*) — gewesener Bundespräsident, steht auf der Liste des Flick-Buchhalters Diehl mit 50000 DM

Dregger, Alfred (*CDU*) — steht mit rund 100000 DM auf zwei verschiedenen Listen des Herrn Diehl

Eppler Erhard und *Ehmke, Horst* (*SPD*) — die beiden bekanntesten SPDler, die auf den Listen auftauchen, je unter 100000 DM

Genscher, Hans-Dietrich (*FDP*) — der Vizekanzler, der laut Akten direkte Einmischung in die Steuerbefreiung versprach, steht mit einer runden Million auf der Liste

Friderichs, Hans (*FDP*) — einst Wirtschaftsminister, dann Bankchef, steht im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung mit rund 250000 DM auf der Liste

Halstenberg, Friedrich (*SPD*) — Schatzmeister seiner Partei, steht verschiedentlich im Zusammenhang mit steuerfreien „Spenden" auf den Listen

Kohl, Helmut (*CDU*) — Bundeskanzler, taucht neben der Barzel-Story auch noch mit rund 650000 DM in den Listen auf, die CDU-Kasse sah nichts davon

Kreile, Reinhold (*CSU*) — der Flick-Aufsichtsrat bekam neben seinen Bezügen auch sein Büro mit jährlich 400000 DM bezahlt.

Lahnstein, Manfred (*SPD*) — Exfinanzminister, auch er in Zusammenhang mit der Steuerbefreiung

Lambsdorff, Otto (*FDP*) — rund 250000 DM hat er im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung kassiert, zusammen mit seinem Parteifreund Friderichs am meisten in diesem Fall

Matthöfer, Hans (*SPD*) — auch dieser Exfinanzminister steht mit rund 100000 DM auf der „wg"-Liste

Möllemann, Jürgen (*FDP*) — war in seiner Abgeordentenzeit zwei Jahre lang Angestellter bei Flick mit zahlreichen Sonderzuwendungen

Nau, Alfred (*SPD*) — auch er Kassierer, der für Flick und die SPD Geld waschen ließ

Scheel, Walter (*FDP*) — Exbundespräsident und langjähriger Kassierer der FDP in NRW, steht als Person mit 60000 DM auf der Liste, war an vielen „Waschungen" beteiligt

Strauß, Franz-Josef (*CSU*) — schlägt in seiner „langjährigen Verbindung" alle Rekorde, rund 1,5 Mio DM sind „wg Strauß" verbucht worden

Weizsäcker, Richard (*CDU*) — auch der neue Bundespräsident darf mit rund 30000 DM auf der Liste nicht fehlen

ABC des Flick-Skandals

A *Anmestie* — das hatte Kanzler Kohl den Kapitalisten versprochen; in aller Heimlichkeit ließen sie einen Gesetzentwurf vorbereiten, der am öffentlichen Protest und an FDP-Ängsten scheiterte

B *Barzel* — nicht nur der Mann, der — wie er jetzt sagt — für 18 Gutachten (v. Brauchitsch: „Nichts wert") 1,7 Millionen gekriegt haben will; als er CDU-Fraktionschef war, kam der Kauf gegnerischer Abgeordneter „in Mode" (Geldner 1970)

C *CDU/CSU* — 115 Millionen in zehn Jahren allein von Flick, alle ihre Spitzenpolitiker verwikkelt

D *Demokratie* — das, was sich Flick und Quant, Thyssen, Schleyer, Henkel, Siemens, Haniel, Henle und Co kaufen können

F *Flick — „Herrenausstatter der Republik"* mit besonderer ständiger Vertretung in den Bundestagsausschüssen für Rüstung und Wirtschaft

G *Geldwaschanlage* — die zahlreichen neutralen Einrichtungen der Parteien für die man — steuerbegünstigt — „spenden" kann; gibt es in jedem Bundesland, vor allem bei CDU/CSU und FDP

H *Hitler* — bisheriger Rekordhalter in Summen, die er vom Großkapital erhielt

K *Kohl* — der Mann, der als nächster nach Barzel wird Rechenschaft ablegen müssen über die 650000, die er von Flick erhalten hat

L *Lambsdorff* — bekam die konkreteste Spende, Gegenleistung für die Steuerbefreiung

M *Mandat* — Abgeordnete bekommen es ganz offensichtlich nicht in erster Linie vom Wähler

N *Nazimethoden* — was die CDU stets allen vorwirft, die ihre dunklen Geschäfte aufdecken

O *Opposition* — die sich aus verschiedenen Gründen bisher nicht traut, gegen diese Wunschregierung des Großkapitals (und das läßt sich seine Wünsche immer was kosten) vorzugehen

P *Parlament* — Versammlung, in der jeder Konzern „seinen" (mindestens) Vertreter sitzen hat

R *Rheinland-Pfalz* — Bundesland mit den meisten Geldwaschanlagen der Parteien

S *Strauß* — er hat am allermeisten bekommen, allein mal eben 60000 Mark zum Geburtstag

V *Vorteilsname* — moderne Umschreibung für Bestechung

W *Wg — wegen:* das am meisten gefürchtete Wort in der Schwarzen Kasse der Flickbuchhaltung, wer dahinter steht, hat „Zuwendungen" erhalten



Enteignet Flick!

Der Bundestagspräsident — gekauft. Der Kanzler — gekauft. Sein ehemaliger Wirtschaftsminister — gekauft. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Die Gekauften sind ins Gerede gekommen. Über den Käufer spricht kaum jemand.



Warum eigentlich nicht? Denn ohne Käufer gäbe es keine Gekauften; ohne Leute, die so viel Geld haben, daß sie ohne weiteres ein paar Zehntausender oder Hunderttausender über den Tisch schieben können, gäbe es kein gekauftes Parlament und keine gekaufte Regierung. Oder kann man sich vorstellen, daß ein Facharbeiter sich mal eben einen Kanzler kauft?

Nein, Korruption in diesem Ausmaß ist nur denkbar, weil es eben Leute wie Flick, Siemens und Thyssen gibt, die allein aus ihren Großbeteiligungen jährlich so an die 100 Millionen Privateinkommen haben (und zwar ohne Rücklagen und Gelder für Neuinvestitionen!) Des Rätsels Lösung, um einen 2. (oder 3.) Fall Flick zu verhindern, ist also an sich ganz einfach: Wer keine Millionen über hat, kann damit auch keine Politiker kaufen ...

Barzel, Kohl und SPD

Das meinte das Präsidium der SPD: „Es sei durch die Veröffentlichungen der letzten Tage der Eindruck entstanden, Politik und Politiker in der Bundesrepublik seien käuflich, die Staatsgewalt gehe nicht vom Volk, sondern vom großen Geld aus."

Wer wollte bestreiten, daß dieser Eindruck sich geradezu aufdrängt. Wenn das aber so ist, dann erscheint die sozialdemokratische Opposition auf merkwürdige Weise zurückhaltend — um nicht zu sagen, feige. Gewiß, der Rücktritt von Barzel wird gefordert. Aber warum hat die SPD nicht mehr zu fordern? Warum fordert sie nicht den Rücktritt von Kohl, dem Kanzler von Flicks Gnaden?

Warum fordert die SPD nicht Neuwahlen? Immerhin doch eine naheliegende Forderung, nachdem die CDU/CSU ihren Kandidaten Kohl bei der letzten Bundestagswahl ja nun wirklich nicht als Mann von Flick präsentiert hat. Und wer seine Stimme im März letzten Jahres dem Aufschwung und der geistig-moralischen Erneuerung gegeben hat, der hat ja wohl, nachdem er die Drahtzieher der Wende kennt, ein Recht auf Neuwahl.

So zurückhaltend die SPD, so verdächtig still die Gewerkschaften. Vor wenigen Wochen, am 20. September, hat der IG-Metall-Vorstand unter Hinweis auf die unsoziale Politik der Bundesregierung erklärt, die IG Metall wolle für eine andere Regierung werben und dafür vor allem die Betriebsversammlungen ausnutzen. Jetzt, wo klar wird, daß Flick sich diesen Kanzler gekauft hat, ist ausgesprochene Funkstille. Was hält die IG Metall und den DGB davon ab, jetzt den Kampf gegen diese Regierung des Kapitals zu verstärken?

Vielleicht hat die Zurückhaltung der SPD und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer etwas damit zu tun, daß, wer selbst im Glashaus sitzt, besser nicht mit Steinen wirft. Denn wenn auch die SPD nur 4,3 Millionen von Flick kassiert haben soll und nicht 15 Millionen wie die Unionsparteien oder 6,5 Millionen wie die FDP, wenn auch Flicks penibler Buchhalter Diehl nur 190000 DM für Willi Brandt notiert hat und nicht 665000 DM wie für Kohl oder über eine Million wie für Strauß und Genscher, so hängt die SPD eben doch mit drin. Und bei aller Empörung von Brandt und Vogel über Barzel, Kohl und Lambsdorff gibt es eben andererseits offensichtlich die „Solidarität der geflickten Demokraten".

Aber es sind wohl auch nicht nur die Flecken auf der eigenen Weste, die der SPD solche Zurückhaltung auferlegen. Es geht ihr auch um Höheres: In der Sache ist der Fall Flick längst zu einer Staats- und Verfassungskrise geworden und wo die Stabilität des Staates bedroht ist, da sieht sich die SPD in der Verantwortung.

Bloß nicht die Arbeiterschaft, die eigenen Mitglieder und Wähler gegen die Anschläge von Flick und Konsorten mobilisieren. Das bringt Unruhe, und Unruhe ist gefährlich.

Lieber alles in Ruhe und Geschäftsordnung im Ausschuß verhandeln. Da kann nichts passieren. So hat die SPD-Führung schon vor 1933, als es auch schon um Flick ging, gedacht — bis es passiert ist.

Abgeordnete als Schauspieler

Viele fragen sich angesichts des Flick-Skandals, ob der Bundestag, der ja an sich die Gesetze machen soll, überhaupt noch etwas zu sagen hat. Hören wir dazu, was der Abgeordente Eylmann (CDU/CSU) in der Debatte über Stellung und Arbeit des Bundestages Ende September sagte:

„Wir können nicht verhindern, daß die politischen Entscheidungen nicht im Plenum fallen. Sie fallen in den Präsidien der Parteien, sie fallen in den Ausschüssen, in den Arbeitskreisen, in den Fraktionssitzungen. Das ist im Grunde von den Schöpfern des Grundgesetzes auch so gewollt. Denn sonst wären die Diskussionen hier nicht öffentlich (!)

Wir sind da — das ist schon gesagt worden — in der Tat das Schaufenster. Wir sind — das ist ebenfalls schon gesagt worden — so etwas wie ein öffentliches Notariat. Ich würde allerdings das Bild vorziehen, daß wir hier ein Schauspiel aufführen ... Wenn das aber ein Schauspiel ist, dann müssen wir sehen, wie wir dieses Staatsschauspiel so interessant machen, daß die Bänke nicht leer sind."

Dr. Eylmann müßte es als Abgeordneter eigentlich wissen. Zumal er nicht nur Abgeordneter, sondern auch Mitglied des Flick-Untersuchungsausschusses ist.

Die Minister und das Kapital — Wenderegierung unter der Lupe

Es sind nicht nur die Gelder von Flick (und vielen, vielen anderen), mit denen sowohl einzelne Maßnahmen als auch politische Programme von Parteien den Wünschen des Kapitals angepaßt werden.

Es ist die oft langjährige Verbundenheit von Politikern zu Konzernen, aus denen sie hervorgegangen sind, die zum Teil ihre Karriere gefördert oder ermöglicht haben. Und es sind eigene unternehmerische Interessen der Minister, Staatsminister und Staatssekretäre, die die Tätigkeit gerade dieser Regierung prägen.

Da ist zum einen Finanzminister Stoltenberg — hervorgegangen aus dem Krupp-Konzern. Da ist bestimmt keine Feindschaft im Spiel, wenn nun Krupp beantragt, seine Fusion mit Klöckner (bedeutet den Verlust von — mindestens — 3000 Arbeitsplätzen) auch noch staatlich zu finanzieren.



Da ist zum zweiten der Bundeskanzler. Als langjähriges Mitglied des Aufsichtsrates der BASF in Ludwigshafen hatte er — wenig überraschend — stets Verständnis für die chemische Industrie, wenn sie beispielsweise wegen Umweltverschmutzung in die öffentliche Kritik kam. Seine Verbindungen zum Hause Flick sind in der Weise erst jetzt vom „Spiegel" aufgedeckt worden.

Da ist drittens Hans Dietrich Genscher. Der Mann, der in der Flick-Rangliste auf Platz 2 liegt, steht einer Partei vor, die ohne die Spenden der Großindustrie niemals hätte überleben können. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl erhielt sie all die Jahre unmäßig viele solcher Sondersprenden, vorzugsweise über rheinland-pfälzische Geldwaschanlagen (als dort noch Kohl Ministerpräsident war und Gaddum Finanzminister).

Da war — viel zu lange — Otto Graf Lambsdorff. Einst, als Nachfolger von Walter Scheel, lange Jahre in der für die FDP so entscheidenden Position als Schatzmeister von NRW, im Hauptberuf Manager bei der Victoria-Versicherung.

Von einem Mann wie Wörner weiß man seit langem, daß er sich bei seinen Reisen die Kosten gerne von Rüstungskonzernen bezahlen läßt — seine von Lockheed bezahlte USA-Reise war dann auch das erste, mit dem er als CDU-Wehrexperte auffiel, vor zehn Jahren.

Das sind Kanzler, Außenminister, Finanz- und Wirtschaftsminister sowie Verteidigungsminister. Männer in den „klassischen Ressorts" jeder Regierung, deren persönliche vielfältige Verbindung zum Großkapital bekannt ist.

Kann man noch hinzufügen: Der Agrarminister und Großbauer Ignaz Kiechle, der Verkabelungsminister (und Unternehmer in diesem Bereich) Christian Schwarz-Schilling. Ohne Position in Aufsichtsräten wichtiger Kapitalgesellschaften gibt es keinen einzigen Bonner Minister in der Wenderegierung.

Aber auch auf anderen Posten hoher Verantwortung steht eine lange Liste von dem Kapital verbundenen Männern. Nicht nur ein Rainer Barzel und seine Flick-Story fallen da auf. Auch ein Alfred Dregger, der ja sowieso „Datenschutz" für die Einkommen der Abgeordneten fordert (was es in keiner einzigen bürgerlichen Demokratie gibt, geschweige, daß dort einer so eine Unverschämtheit zu fordern wagt — er muß es wohl besonders nötig haben). Auch er hat — neben Flick — seine Verbindungen zur hessischen Chemie. Auch der aufs Maul gefallene Staatsminister Möllemann ist noch da samt seinen diversen „Amateur"-Geschäftchen. Oder der Siemens-Angestellte, frühere Staatssekretär und jetzige Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Francke. Der sich ganz im Sinne Siemens ja denn auch gleich im Streik „gut einführte". Eine Regierung, die dem Kapital wahrlich „lieb" und — vor allem — „teuer" ist, aber es lohnt ja auch dick.

Impressum: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider. Druck: Druckerei Platzmann, Dortmund